

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen, einschließlich der abgekürzt zitierten Literatur XXIII

1. BUCH

Die Grundlagen

1. KAPITEL

Das staatliche Strafen

1. Abschnitt: Der Inhalt und die Aufgabe des staatlichen Strafens	1
I. Der Begriff der Strafe	5
II. Die Theorie der positiven Generalprävention	6
A. Die Notwendigkeit sicherer Normgeltung	6
B. Die Öffentlichkeit des Konflikts	8
C. Die Bedeutung der Strafe	9
D. Die Konfliktleridigung ohne Strafe	10
E. Ergebnis	13
III. Die absoluten Theorien	15
A. Die Vergeltungstheorien	15
B. Die Sühnetheorie	19
IV. Die relativen Theorien (die Präventionstheorien)	20
A. Die Generalpräventionstheorien	20
B. Die Spezialpräventionstheorien	22
1. Die generelle Problematik	22
2. Die Verletzung des Tatprinzips	24
3. Neuere Konzepte	25
V. Die Vereinigungstheorien	27
VI. Anhang: Die Aufgaben der Maßregeln der Besserung und Sicherung	29
A. Theorien der Maßregeln	30
B. Die Differenzierung der Maßregelfunktion	31
2. Abschnitt: Die materielle Legitimation des Strafrechts	34
I. Das Bezugsniveau des Strafrechtsschutzes: Normen als Strafrechtsgut	35
II. Materielle Legitimation des Strafrechts durch Rechtsgüterschutz?	37
A. Allgemeine Probleme	37
B. Der Begriff des Rechtsguts	39
C. Nicht auf Rechtsgüter bezogene Normen	41
III. Kritik der Lehre vom Rechtsgüterschutz	44
IV. Vorverlagerungen	46
V. Subsidiarität des staatlichen Strafens?	48
3. Abschnitt: Die Abgrenzung der staatlichen Strafe von anderen Reaktionen öffentlichen Rechts	49
I. Die Ordnungswidrigkeiten	49
A. Die historische Entwicklung	50
B. Der gegenwärtige Stand	53

Inhaltsverzeichnis

II.	Die Disziplinarmaßnahmen	55
A.	Die Notwendigkeit von Disziplinarmaßnahmen	56
B.	Die Abgrenzung und die Behandlung von Überschneidungen	57
III.	Die Ordnungs- und Zwangsmittel nach den Prozeßordnungen	61
2. KAPITEL		
Der Grundsatz der Gesetzesbindung und die Geltung des Strafrechts		
4.	Abschnitt: Die Gesetzesbindung und die zeitliche Geltung	63
I.	Die Funktion des Grundsatzes der Gesetzesbindung	63
A.	Der Meinungsstand	64
B.	Die Gesetzesbindung als Objektivitätsgarantie	67
II.	Die einzelnen Wirkungen des Grundsatzes der Gesetzesbindung	69
A.	Die Gesetzlichkeit der Bestimmung	72
B.	Die Bestimmtheit des Gesetzes	73
1.	Die Relativität der Bestimmtheit zum Regelungsgegenstand	73
2.	Die Notwendigkeit von Vorannahmen des Interpreten zum Regelungsgegenstand	75
3.	Die Folgerungen für den Gesetzgeber	78
4.	Die Folgerungen für den Gesetzesanwender	82
a)	Das Problem des Generalisierungsverbots	82
b)	Die Notwendigkeit der Systembildung	85
5.	Gewohnheitsrecht?	89
III.	Die zeitliche Geltung, insbesondere das Rückwirkungsverbot	90
A.	Der Umfang der erforderlichen Geltung	92
B.	Die Ausgestaltung der zeitlichen Geltung und des Rückwirkungsverbots nach positivem Recht	94
1.	Die Tatzeit	94
2.	Strafen und Nebenfolgen contra Maßregeln?	94
3.	Nur materielles Recht?	95
4.	Die Gesetzesänderung während der Tatzeit	96
5.	Das Zeitgesetz	97
C.	Das mildeste Gesetz	99
1.	Die Bestimmung der kontinuierlichen Geltung	99
2.	Die Bestimmung der mildesten Variante	103
D.	Rückwirkungsverbot bei Rechtsprechungsänderung?	104
5.	Abschnitt: Die räumliche und personelle Geltung	106
I.	Die Prinzipien und die dogmatische Stellung	107
A.	Die Prinzipien der Geltung	107
1.	Der Gesetzeswortlaut nach dem Besonderen Teil	107
2.	Die beschränkenden Prinzipien der Geltung	110
B.	Die dogmatische Stellung	111
II.	Die Ausgestaltung nach geltendem Recht	112
A.	Die Anwendung der einzelnen Prinzipien	112
B.	Die Probleme des Tatorts	117
C.	Prozessuale Besonderheiten	119
D.	Das interlokale Strafrecht	119
E.	Das ehemalige Verhältnis zur DDR	120

Inhaltsverzeichnis

2. BUCH

Die Zurechnungslehre

1. TITEL

Der Inhalt und die Aufgabe der Zurechnung, hauptsächlich beim Begehungsdelikt

1. KAPITEL

Die Tatbestandsverwirklichung

6. Abschnitt: Die Grundlagen und die Grundbegriffe der Tatbestandsverwirklichung durch Handlung	123
I. Der Handlungsbegriff	123
A. Die strafrechtlichen Handlungstheorien	125
1. Die Handlungslehre als Teil der Zurechnungslehre	125
2. Die Möglichkeit einer schuldlosen Handlung	126
3. Der kausale Handlungsbegriff	129
4. Der finale Handlungsbegriff	130
5. Handlung als äußere Finalität?	135
B. Die Handlung als individuell vermeidbare Erfolgsverursachung	136
1. Die Trennung von Handlungssteuerung und Antriebssteuerung	136
2. Exkurs: Der soziale Handlungsbegriff	138
3. Die individuelle Vermeidbarkeit	139
4. Die Trennung von Handlung und Unterlassung	142
a) Die Unterscheidung	142
b) Der gemeinsame Oberbegriff	142
c) Negativer Handlungsbegriff?	143
5. Grenzprobleme	144
6. Das Unvermeidbare	148
C. Deliktsfähigkeit eines Verbands, insbesondere: Verbandshandlungen?	148
II. Der Tatbestandsbegriff	150
A. Die Tatbestandsverwirklichung als Stufe der Zurechnung	152
B. Die Entwicklung des Tatbestandsbegriffs	153
C. Die dogmatische Bedeutung des Tatbestands	155
1. Der Begriff des Tatbestands	155
2. Weitere Tatbestandsbegriffe	156
3. Kritik der Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen	156
4. Das Verhältnis von Tatbestand und Unrecht	159
a) Der Grundsatz	159
b) Problemfälle	160
III. Das Verhältnis von Tatbestand und Handlung	163
A. Die Handlung als gemeinsamer Mindestinhalt der Tatbestände	163
B. Die Zugehörigkeit des tatbestandlichen Erfolgs zur Handlung und zum Unrecht	164
1. Das Problem	164
2. Kein Unrecht ohne tatbestandsmäßigen Erfolg?	165
3. Unrecht stets ohne tatbestandsmäßigen Erfolg?	165
4. Ergebnis	167
IV. Die Gestalten der Tatbestände	168
V. Anhang: Die gesetzestechnische Unterscheidung von Verbrechen und Vergehen	180
7. Abschnitt: Einzelheiten der Tatbestandsverwirklichung durch Handlung;	
1. Teil: Der objektive Tatbestand	182
I. Der objektive Tatbestand als Gegenstand des Allgemeinen Teils	182
II. Die objektive Zurechnung: Die Kausalität	185
A. Die Äquivalenztheorie	185

Inhaltsverzeichnis

B.	Kritik der Formel von der condicio sine qua non	186
C.	Kausalität als Bedingung	188
III.	1. Fortsetzung: Adäquanz?	195
	A. Die Grundbegriffe	195
	B. Die Adäquanztheorie	195
IV.	2. Fortsetzung: Der Ausschluß bei erlaubtem Risiko	198
	A. Die Begründung des erlaubten Risikos	200
	B. Die dogmatische Stellung des erlaubten Risikos	201
	C. Einzelheiten	204
	1. Die Bewertungsmaximen	204
	2. Die Beurteilungsbasis	206
V.	3. Fortsetzung: Der Ausschluß bei erlaubtem Vertrauen (Vertrauensgrundsatz)	208
VI.	4. Fortsetzung: Die Garantenstellung und der Ausschluß der Zurechnung beim Regreßverbot	212
	A. Die Notwendigkeit einer Garantenstellung	213
	B. Fallgruppen fehlender Zurechnung	214
	C. Die sogenannten Unterlassungsdelikte durch Begehung	219
	D. Die Pflichtdelikte	220
VII.	5. Fortsetzung: Risikoverwirklichung bei Risikokonkurrenz	220
	A. Die Notwendigkeit der Isolierung eines Risikos	222
	B. Die Irrelevanz von Hypothesen	223
	C. Die Relativität des Unerlaubten	224
	D. Die Bestimmung der Risikoverwirklichung	226
	1. Die Grundregel	226
	2. Risiken in mehrfacher Zuständigkeit	229
	3. Überbedingte Erfolge	230
	E. Einzelfragen zur Risikoverwirklichung	231
	F. Die Berücksichtigung hypothetischer Erfolgsursachen bei der Strafzumessung	233
	1. Der Grundsatz	233
	2. Die Möglichkeit einer Strafrahmenmilderung wegen hypothetischer Erfolgsursachen (Ähnlichkeit mit abstrakter Gefährdung oder Versuch)	234
	G. Risikoerhöhung?	235
VIII.	6. Fortsetzung: Der Ausschluß der Zurechnung bei Einverständnis, tatbestandsausschließender Einwilligung und Handeln auf eigene Gefahr	238
	A. Das Einverständnis	239
	B. Die tatbestandsausschließende Einwilligung und das Handeln auf eigene Gefahr	242
	1. Die Abgrenzung der tatbestandsausschließenden Einwilligung von der rechtfertigenden Einwilligung	242
	2. Der zur Einwilligung Berechtigte	244
	3. Die Objektivierung der Einwilligung	245
	4. Die Einwilligung bei Zwang und Irrtum	246
	5. Die Rechts- und Sittenwidrigkeit von Tat und Einwilligung	250
	6. Der Gegenstand und die Intensität der Einwilligung und das Handeln auf eigene Gefahr	250
	7. Weitere Einzelheiten	254
8.	<i>Abschnitt: Einzelheiten der Tatbestandsverwirklichung durch Handlung;</i> <i>2. Teil: Der subjektive Tatbestand als Vorsatz</i>	255
I.	Der für den Vorsatz maßgebliche Zeitpunkt; Allgemeines	255
II.	Der Vorsatz als Wissen	258
	A. Der Grund der Trennung von Vorsatz und Fahrlässigkeit und das Problem der Tatsachenblindheit	258
	B. Die Unterscheidung von Hauptfolgen und Nebenfolgen	261
	C. Die Intensität des Wissens	262

Inhaltsverzeichnis

III. Die Gestalten des Vorsatzes	264
A. Der Vorsatz bei Hauptfolgen	266
B. Der Vorsatz bei Nebenfolgen	268
1. Wissentlichkeit bei Nebenfolgen	268
2. Bedingter Vorsatz	269
C. Alternativer Vorsatz	278
D. Die zur Tatbestandsverwirklichung erforderliche Vorsatzgestalt	279
IV. Der Gegenstand des Vorsatzes und Abweichungsprobleme	282
A. Allgemeines	284
B. Der Vorsatz bei Blankettgesetzen	286
1. Das Problem	286
2. Die Lösung	287
C. Die normativen Tatbestandsmerkmale als Vorsatzgegenstand	288
1. Das Problem	288
2. Die Lösung	290
a) Die Differenzierung der Merkmale	290
b) Die Konsequenzen für die Scheidung von Vorsatz und Unrechtsbewusstsein	293
c) Irrtumsprobleme	294
D. Die Kausalität als Vorsatzgegenstand	295
1. Die Verwirklichung des gesuchten Risikos	295
a) Grundsatz: Übertragung der Regeln der objektiven Zurechnung	295
b) Einzelheiten	297
2. Die vorzeitige Vollendung und der dolutus generalis	300
3. Der Objektsirrturn	303
4. Der Individualisierungssirrturn und der Motivirrturn	305
E. Die privilegierenden Tatbestandsmerkmale als Vorsatzgegenstand	305
V. Die Steuerungsmerkmale und sonstige subjektive Unrechtselemente	307
VI. Der subjektive Tatbestand aus psychologischer Sicht	311
9. Abschnitt: Einzelheiten der Tatbestandsverwirklichung durch Handlung;	
3. Teil: Der subjektive Tatbestand als Fahrlässigkeit und als Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombination	313
I. Die individuelle Fahrlässigkeit	315
A. Allgemeines	315
B. Die Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit der Tatbestandsverwirklichung	318
II. Kritik der objektiven Fahrlässigkeit	320
III. Einzelprobleme der Fahrlässigkeit	323
A. Die Übernahmefahrlässigkeit	323
B. Die Entscheidungsrelevanz des erkennbaren Risikos	324
C. Die Erkennbarkeit eines objektiv zurechenbaren Risikos	324
D. Die Leichtfertigkeit	326
E. Die scheinbare Fahrlässigkeit	327
F. Fahrlässigkeit und Erfolg (fahrlässiger Versuch?)	328
IV. Die aus Vorsatz und Fahrlässigkeit zusammengesetzten Delikte (sogenannte Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen)	328
10. Abschnitt: Die objektiven Bedingungen (der Ausschließung) des Unrechts oder seiner Straftatbestandlichkeit	335
I. Die nur-objektiven Bedingungen des Unrechts oder seiner Straftatbestandlichkeit (die sogenannten objektiven Strafbarkeitsbedingungen)	335
A. Das Problem	335
B. Die Dogmatik der Bedingungen des Unrechts und der Straftatbestandlichkeit	337

Inhaltsverzeichnis

II. Die rollenbezogenen Bedingungen der Ausschließung des Unrechts oder seiner Straftatbeständlichkeit (die sogenannten persönlichen Ausnahmen von der Strafbarkeit)	340
A. Die Abgrenzung zu den Verfahrenshindernissen	341
B. Die rollenbezogenen Bedingungen	343
C. Die Abgrenzung zu anderen materiellrechtlichen oder komplexen Bestrafungshindernissen	344
2. KAPITEL	
Die Rechtfertigung	
11. Abschnitt: Die allgemeinen Lehren	347
I. Die Prinzipien der Rechtfertigung	349
II. Das Postulat der „Einheit der Rechtsordnung“	351
III. Die Bestimmung prospektiver und auf Verdacht abstellender Rechtfertigungsmerkmale	353
IV. Die Konkurrenz von Rechtfertigungsgründen	357
V. Die subjektive Seite der Rechtfertigung	358
A. Die sogenannte Rechtfertigungstendenz und die Unkenntnis der Merkmale eines Rechtfertigungstatbestands	358
B. Zur Prüfungspflicht	362
C. Die ungewisse Vorstellung von einer Rechtfertigungslage	363
D. Die Rechtfertigung bei Fahrlässigkeitstaten	364
E. Der Subsumtionsirrtum bei Merkmalen des Rechtfertigungstatbestands und der Bestandsirrtum (der indirekte Verbotsirrtum)	366
F. Die Besonderheiten bei den normativen Merkmalen des Rechtfertigungstatbestands	367
G. Die irrite Annahme der Verwirklichung eines Rechtfertigungstatbestands	370
VI. Die relative Rechtfertigung	376
12. Abschnitt: Die Notwehr	377
I. Vorbemerkungen	380
II. Die notwehrfähigen Güter, die Staatsnotwehrhilfe	381
III. Der rechtswidrige Angriff	385
IV. Die Gegenwärtigkeit des Angriffs	389
V. Die Abwehr des Angriffs	392
VI. Die Erforderlichkeit der Abwehr	392
VII. Die Einschränkung des Notwehrrechts	396
A. Einschränkung durch die Menschenrechtskonvention?	396
B. Die Sondernormen für hoheitliches Handeln	397
C. Die Einschränkung der Notwehr neben hoheitlichem Handeln	400
D. Die Einschränkung durch die Garantie der Mindestsolidarität	400
E. Die Einschränkung wegen vorangegangenen Provokationsverhaltens	403
F. Die Einschränkung durch Pflichten kraft institutioneller Zuständigkeit	406
VIII. Die Besonderheiten der Notwehrhilfe	407
IX. Die Wirkungen der Notwehr	408
13. Abschnitt: Der rechtfertigende Notstand	408
I. Die Arten des Notstands im Überblick	408
II. Der aggressive Notstand nach § 34 StGB	412
A. Die notstandsfähigen Güter, Staatsnotstandshilfe	414
B. Die gegenwärtige Gefahr	415
C. Die Erforderlichkeit	417
D. Die Abwägung der widerstreitenden Interessen	419
E. Die Angemessenheitsklausel	427
III. Die Besonderheiten des defensiven Notstands	431

Inhaltsverzeichnis

14. Abschnitt: Die rechtfertigende Einwilligung	433
I. Der Grund der Strafbefreiung	434
II. Einzelheiten	437
15. Abschnitt: Grenzbereiche zu Notwehr, Notstand und Einwilligung	441
I. Das Widerstandsrecht nach Art. 20 Abs. 4 GG	441
II. Recht auf zivilen Ungehorsam?	443
III. Die Pflichtenkollision	444
IV. Das Handeln im Interesse und mit mutmaßlicher Einwilligung des Verletzten	449
16. Abschnitt: Die Amtsrechte und weitere Rechtfertigungsgründe besonderer Regelungsbereiche	453
I. Die Amtsrechte	454
II. Das Handeln auf Anweisung (die dienstliche Anordnung und der militärische Befehl)	457
III. Die delegierten Amtsrechte (das Handeln pro magistratu)	459
IV. Die behördliche Erlaubnis (einschließlich der tatbestandsausschließenden Erlaubnis)	462
V. Die parlamentarischen Berichte	465
VI. Das Züchtigungsrecht	465
VII. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen	467
3. KAPITEL Die Schuld	
17. Abschnitt: Allgemeine Lehren	468
I. Übersicht	468
II. Der psychologische und der normative Schuld-Begriff	470
A. Der psychologische Ansatz	470
B. Normativierung	471
C. Die Schuldlehre des Finalismus	474
D. Der gegenwärtige Stand	475
III. Die Begründung eines funktionalen Schuld-Begriffs	476
A. Die Aufgabe des Schuld-Begriffs	480
B. Die Irrelevanz der Willensfreiheit	484
C. Beispielhafte Fallgruppen	486
D. Die Bedeutung des Schuldgrundsatzes für die Strafbegründung und das Strafmaß	487
E. Tatschuld und Lebensführungsschuld	489
IV. Der Aufbau des Schuld-Begriffs	491
A. Trennung von Schuld und Verantwortung?	492
B. Der Schuld-Tatbestand	493
1. Die Notwendigkeit eines Schuld-Tatbestands	493
2. Die einzelnen Merkmale des Gesamtschuld-Tatbestands im Überblick: Der positive Schuld-Tatbestand	495
3. Fortsetzung: Die Unzumutbarkeit (der negative Schuld-Tatbestand)	497
V. Die Abhängigkeit des Schuldzeitpunkts und des Schuldmaßstabs vom Vorverhalten	499
A. Das Problem	500
B. Der Vollrausch	502
C. Actio libera in causa: Die causa libera als Tathandlung	506
D. Zu verantwortende Erschwerung der Normbefolgung: Zumutbarkeit	509
1. Zumutbarkeit als Zuständigkeit	509
2. Unterschiedliche Zuständigkeit des Täters und des Tatbegünstigten	512

Inhaltsverzeichnis

VI. Der Irrtum über Voraussetzungen und Folgen des Schuldstatbestands; insbesondere: Der Irrtum über Entschuldigungsvoraussetzungen als Entschuldigungsgrund	513
A. Der Irrtum über die Rechtsfolge	513
B. Der Irrtum über die Voraussetzungen	513
 18. Abschnitt: Die Zurechnungsunfähigkeit und die im Zusammenhang mit ihr geregelten Fälle der Unzumutbarkeit (§§ 19, 20, 21 StGB)	 517
I. Die Zurechnungsunfähigkeit der Kinder und bei Jugendlichen	521
II. Die Schuldunfähigkeit (Zurechnungsunfähigkeit und bereichsweise Unzumutbarkeit) nach § 20 StGB	522
A. Überblick	522
B. Die krankhafte seelische Störung	524
C. Der Schwachsinn	526
D. Die Bewußtseinsstörung und die Abartigkeit	527
1. Nochmals: Zur Trennung von Zurechnungsunfähigkeit und Unzumutbarkeit bei § 20 StGB	527
2. Die tiefgreifende Bewußtseinsstörung	529
3. Die schwere seelische Abartigkeit	531
E. Die normative Konsequenz (die Einsichts- und Befolgungsfähigkeit)	534
III. Die sogenannte verminderte Schuldfähigkeit (die partielle Unzumutbarkeit) nach § 21 StGB	536
 19. Abschnitt: Die Unrechtseinsicht und der Verbotsirrtum	 540
I. Die Regelungsmodelle im Überblick und der Gang der Rechtsprechung	543
A. Grundbegriffe und historische Entwicklung	543
B. Umriß der Theorie des Verbotsirrtums bei einem funktionalen Schuld begriff	545
II. Kritik starrer Modelle und vorsatztheoretischer Modelle	548
III. Die elastische Schuldtheorie	550
IV. Die Unrechtseinsicht	552
V. Die fehlende Unrechtseinsicht (Verbotsirrtum), Irrtumsformen	556
VI. Der Begriff der Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	557
A. Die Vermeidbarkeit als Zuständigkeit für den Defekt	557
B. Einzelheiten	560
VII. Die rechtliche Folge des Verbotsirrtums	564
VIII. Der entschuldigende Irrtum über die Verbindlichkeit eines Befehls	565
 20. Abschnitt: Die Unzumutbarkeit	 567
I. Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB)	567
A. Notstandstheorien	568
B. Die einzelnen Voraussetzungen der Entschuldigung	571
C. Die Hinderung der Entschuldigung bei Zuständigkeit des Täters für den Konflikt	573
D. Die Strafmilderung	575
II. Die Zumutbarkeit beim Überzeugungstäter (Gewissenstäter)	576
A. Die Gestalten der Überzeugung	577
B. Die Voraussetzungen der Entschuldigung	580
III. Der Notwehrreexzess	582
A. Die Theorie des Entschuldigungsgrunds	582
B. Die Voraussetzungen der Entschuldigung	583
IV. Die Besonderheiten der Zumutbarkeit beim Fahrlässigkeitsdelikt	586
V. Die Entschuldigung bei Interessenkollision (der sogenannte übergesetzliche, entschuldigende Notstand)	587
VI. Unspezifizierte Unzumutbarkeit als Entschuldigungsgrund?	590

Inhaltsverzeichnis

4. KAPITEL

Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung: Die Beteiligung

21. Abschnitt: Die Täterschaft	593
I. Differenzierung der Beteiligten oder Einheitsäterschaft?	593
II. Die Voraussetzungen von Täterschaft in Sonderfällen (die deliktsspezifischen Tätermerkmale und die Vertreterhaftung)	597
A. Die deliktsspezifischen Tätermerkmale	598
B. Die Vertreterhaftung	599
III. Die Tatbestände der Täterschaft bei Herrschaftsdelikten	603
A. Die Täterschaftsformen im Überblick	603
B. Die Problematik der eigenhändigen Delikte	604
C. Die Täterschaftstheorien	606
1. Die formell-objektive Theorie	607
2. Ältere materielle Theorien	607
3. Die subjektive Theorie	608
4. Die Tatherrschaftslehre	611
IV. 1. Fortsetzung: Das Selbst-Begehen, § 25 Abs. 1, 1. Fallgruppe StGB	614
V. 2. Fortsetzung: Das gemeinschaftliche Begehen (die Mittäterschaft), § 25 Abs. 2 StGB	616
A. Der gemeinsame Tatentschluß	616
B. Die objektive Seite des gemeinsamen Begehens	620
1. Die Bestimmung der anteiligen Herrschaft	620
2. Problematische Fallgruppen	622
3. Die täterschaftliche Beteiligung an einer Selbstverletzung	624
C. Die Konsequenzen von Mittäterschaft	628
VI. 3. Fortsetzung: Das Begehen durch einen anderen (die mittelbare Täterschaft), § 25 Abs. 1, 2. Fallgruppe StGB	630
A. Die Begründung der vorrangigen Zuständigkeit des mittelbaren Täters (überlegene Entscheidungsherrschaft)	631
B. Die Fallgruppen mittelbarer Täterschaft	635
1. Die mittelbare Täterschaft durch ein Werkzeug ohne Tatbestandsvorsatz	635
2. Die mittelbare Täterschaft bei quasi-unvorsätzlicher Handlung, insbesondere Selbstverletzung des Werkzeugs	636
3. Die mittelbare Täterschaft durch ein gerechtfertigt handelndes Werkzeug	638
4. Die mittelbare Täterschaft durch ein quasi-gerechtfertigt handelndes Werkzeug	642
5. Die mittelbare Täterschaft durch ein schuldlos handelndes Werkzeug	643
6. Die mittelbare Täterschaft bei Selbstverletzung eines quasi-schuldlosen Werkzeugs	646
7. Weitere Fallgruppen?	648
C. Die Konsequenzen der mittelbaren Täterschaft	650
VII. Schluß	652
A. Die Nebentäterschaft	652
B. Die Beteiligungsformen der Teilnahme	653
C. Die Beteiligung bei Fahrlässigkeit	653
VIII. Die Täterschaft bei den Pflichtdelikten	655
22. Abschnitt: Die Teilnahme	657
I. Der Strafgrund der Teilnahme	657
A. Die Korrumperungstheorie	657
B. Die Unrechtsteilnahmetheorie	658
C. Die Verursachungstheorie	658
D. Die Theorie der erfolgsbezogenen Unrechtsteilnahme	659

Inhaltsverzeichnis

II. Die Abhängigkeit der Teilnahme von der Haupttat	661
A. Die Voraussetzungen der Haupttat	661
B. Die äußere (quantitative) Akzessorietät	665
III. Die Anstiftung	665
A. Die Besonderheit der Teilnahme durch Anstiftung	666
B. Einzelheiten	667
IV. Die Beihilfe	671
A. Die Kausalität der Beihilfe	671
B. Der Zeitpunkt der Beihilfe	675
C. Restfragen	677
23. Abschnitt: Die innere (qualitative) Akzessorietät bei akzessorischer Beteiligung (Mittäterschaft und Teilnahme)	677
I. Das Problem	678
II. Der Lösungsweg	681
A. Kritik der Losungsvorschage der Literatur	681
B. Eigene Lösung: Die Beschränkung der besonderen persönlichen Merkmale auf Sonderpflichten und Eigenhändigkeit	682
1. Entgegensezung von subjektiven Merkmalen und Sonderpflichten	682
2. Die Höchstpersönlichkeit subjektiver Merkmale	683
3. Die beschränkte Akzessorietät der Sonderpflichten und der Eigenhändigkeit; Abgrenzungen	687
III. Das Ergebnis	688
A. Strafbarkeitsbegrundende Merkmale	688
B. Strafbarkeitsmodifizierende Merkmale	690
24. Abschnitt: Gemeinsame Regeln für Täterschaft und Teilnahme	691
I. Die Verwirklichung des Risikos der vorsätzlichen Beteiligung, insbesondere: Der Irrtum über die Beteiligtenrolle	692
II. Die sogenannte notwendige Teilnahme (die Beteiligung ohne Haftung)	694
III. Das Regressverbot (die scheinbare Beteiligung)	696
A. Der Meinungsstand	696
B. Die Begründung des Regressverbots, Fallgruppen	697
5. KAPITEL	
Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung und zur Schuld: Der Versuch und der Beteiligungsversuch	
25. Abschnitt: Der Versuch	701
I. Die Grenzen der Vorverlagerung der Strafbarkeit	703
II. Die Stufen des Delikts	705
A. Die Grundbegriffe, der Versuch als formeller Begriff	705
B. Die Unternehmensdelikte	706
1. Die echten Unternehmensdelikte	706
2. Die unechten Unternehmensdelikte	707
C. Die Vorbereitung	708
D. Die Beendigung	708
III. Der Strafgrund des (formellen) Versuchs	709
A. Der Meinungsstand	709
B. Der Versuch als expressiver und tatbestandsnaher Normbruch	712
IV. Der subjektive Tatbestand beim Versuch	715
A. Die Beschränkung auf Vorsatzdelikte	715
B. Die Tatentschlossenheit	717

Inhaltsverzeichnis

C. Die Tat als Gegenstand der Entschlossenheit	719
1. Die Tauglichkeit in subjektiver Sicht	719
2. Die Abgrenzung von Versuch und Wahndelikt	721
a) Der Grundsatz	721
b) Die normativen Tatbestandsmerkmale	721
c) Die irrige Annahme von Sonderpflichten	723
d) Zusammenfassung	726
V. Der objektive Tatbestand beim unbeendeten Versuch; die Abgrenzung von Vorberitung und Versuch	726
A. Das Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	726
B. Die Unmittelbarkeit	727
C. Die Bedeutung der Vorstellung des Versuchstäters	728
D. Konkretisierungen	728
VI. Der objektive Tatbestand beim beendeten Versuch	733
A. Das Problem	733
B. Die Lösung	734
VII. Die Bestrafung des Versuchs	735
A. Der Umfang der Strafbarkeit und die Kannmilderung	735
B. Der grob unverständige Versuch	738
26. Abschnitt: Der Rücktritt	739
I. Die dogmatische Stellung und der Grund der Strafbefreiung	741
II. Der Rücktrittstatbestand beim ausführenden Täter	744
A. Der unbeendete Versuch	744
B. Die Grenze von unbeendetem und beendetem Versuch	747
C. Der beendete Versuch	750
III. Der Rücktrittstatbestand bei Beteiligung	754
IV. Die Zurechenbarkeit des Rücktrittsverhaltens: Die Freiwilligkeit	757
A. Der Meinungsstand	757
B. Die Lösung der Problematik	759
V. Die Wirkung des Rücktritts	764
27. Abschnitt: Der Versuch der Beteiligung	766
I. Der Strafgrund des Beteiligungsversuchs	766
II. Die einzelnen Tatbestände des Beteiligungsversuchs	767
A. Die sogenannte versuchte Anstiftung, § 30 Abs. 1 StGB	767
B. Die Annahme des Sich-Erbietens, § 30 Abs. 2, 2. Fallgruppe StGB	769
C. Das Sich-Bereiterklären, § 30 Abs. 2, 1. Fallgruppe StGB	770
D. Die Verabredung, § 30 Abs. 2, 3. Fallgruppe StGB	770
III. Die Strafbarkeit der Beteiligung nach § 30 StGB	771
IV. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung	771

2. TITEL

Der Inhalt und der Aufbau der Zurechnung, hauptsächlich beim Unterlassungsdelikt

6. KAPITEL

Die Zurechnung beim Unterlassungsdelikt

28. Abschnitt: Handlung und Unterlassung	775
I. Die Trennung von Handlung und Unterlassung	775
A. Die Prinzipien der Trennung	775
B. Fallgruppen	777
II. Die gesetzlichen Tatbestände von Unterlassungsdelikten	779
III. Das Problem der Sonderpflicht bei der begehungsgleichen Unterlassung	781

Inhaltsverzeichnis

29. Abschnitt: Das unechte Unterlassungsdelikt	783
I. Der Regelungsumfang von § 13 Abs. 1 StGB	783
II. Die objektive Zurechnung	788
A. Der Erfolgssachverhalt	788
B. Die Täterstellungen	788
C. Die Abwendungsfähigkeit	788
D. Die hypothetische Kausalität	791
E. Erlaubtes Risiko, Normzweckzusammenhang	792
III. 1. Fortsetzung: Die Garantenstellungen	796
A. Überblick	799
B. Die Pflichten kraft Organisationszuständigkeit	802
1. Die Sicherungspflichten bei Verkehrspflichten und Ingerenz	802
a) Die Begründung der Pflichten	802
b) Grenzfragen	807
2. Die Rettungspflichten bei Verkehrspflichten und Ingerenz	809
3. Die Übernahme von Pflichten, Obliegenheiten und Handlungsbereitschaften; zugleich: Die Befreiung eines primär Verpflichteten durch Übernahme	814
4. Die Pflichten kraft Organisationszuständigkeit zur Hinderung von Selbst-verletzungen	818
C. Die Pflichten kraft institutioneller Zuständigkeit	820
1. Das Problem	820
2. Das Eltern-Kind-Verhältnis	821
3. Die Ehe	822
4. Die Ersatzverhältnisse	824
5. Das besondere Vertrauen	824
6. Die genuin staatlichen Pflichten	828
a) Staatliche Gewaltverhältnisse	828
b) Staatszwecke	830
IV. 2. Fortsetzung: Die Entsprechensklausel	833
V. Der subjektive Tatbestand	835
A. Der Unterlassungsvorsatz	836
B. Die Unterlassungsfahrlässigkeit	841
VI. Die Rechtswidrigkeit	842
VII. Die Schuld	842
VIII. Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung: Die Besonderheiten der Beteiligung durch Unterlassen	844
A. Pflichten kraft Organisationszuständigkeit	845
B. Pflichten kraft institutioneller Zuständigkeit	849
IX. Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung: Die Beteiligung am Unterlassen	849
X. Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung und zur Schuld: Der Versuch und der Versuch der Beteiligung durch Unterlassen	852
A. Der Versuch	852
B. Der Rücktritt	855
C. Der Beteiligungsversuch	856
XI. Die fakultative Strafmilderung	856
30. Abschnitt: Das echte Unterlassungsdelikt	858
A. Die Vollendung	858
B. Der Versuch und der Rücktritt	860

Inhaltsverzeichnis

3. TITEL

Die Konkurrenz

7. KAPITEL

Die scheinbare und die echte Konkurrenz

31. Abschnitt: Die scheinbare Konkurrenz (sogenannte Gesetzeskonkurrenz)	861
I. Die Grundbegriffe und die Grundmodelle der Konkurrenzlehre	861
II. Die Prinzipien der Gesetzeskonkurrenz	864
A. Die Spezialität als Form der Gesetzeskonkurrenz	865
1. Der Grundsatz	865
2. Die Beschränkung der Gesetzeskonkurrenz auf Fallgruppen eines Delikts	867
B. Die Gründe für die Annahme von Gesetzeskonkurrenz	869
III. Die einzelnen Fallgruppen der Gesetzeskonkurrenz	870
A. Die Spezialität kraft Beschreibungsintensität	870
B. Die Spezialität kraft Vollendungsdichte, Beteiligungs- und Erfolgsintensität (Subsidiarität)	874
C. Die Spezialität zur Begleittat (Konsumtion)	875
D. Die Spezialität kraft Vorgriffs (mitbestrafte Nachtat)	878
IV. Die Wirkungen der Gesetzeskonkurrenz	881
32. Abschnitt: Die Einheit des Verhaltens bei der echten Konkurrenz und bei der ein-fachen, quantitativ erweiterten Tatbestandsverwirklichung	884
I. Die Einheit der Handlung im Sinn von § 52 StGB	886
A. Die Einheit der Handlung im „natürlichen“ Sinn	886
B. Die juristische Handlungseinheit als Erweiterung der Einheit der „natürlichen“ Handlung	888
II. Das Verhältnis der Zahl der Handlungen zur Zahl der Delikte	891
A. Die Mehrheitstheorie	891
B. Keine mehrfache Gesetzesverletzung bei bloßer Quantitätssteigerung	892
III. Die handlungsvereinigenden Tatbestände	895
IV. Die Einheitlichkeit des Verhaltens beim Unterlassungsdelikt	897
V. Weitere Erscheinungsformen juristischer Handlungseinheit?	899
A. Die Sammelstrafat	899
B. Die natürliche Handlungseinheit	900
C. Der Fortsetzungszusammenhang	901
33. Abschnitt: Die Idealkonkurrenz und die Realkonkurrenz	907
I. Die Idealkonkurrenz	907
A. Die kumulierte Zurechnung	908
B. Fallgruppen der Idealkonkurrenz	909
C. Kritik der Klammerwirkung	912
II. Die Realkonkurrenz	914
A. Der Grundsatz der Gesamtstrafenbildung	914
B. Der Vorgang der Gesamtstrafenbildung	916
Sachregister	919